

Antrag der Fraktion der FDP

Umweltzone in Bremen abschaffen

Saubere Luft in der Stadt erhöht die Lebensqualität und trägt zur Gesundheit der Bremerinnen und Bremer bei. Zum Schutz der menschlichen Gesundheit wurden europaweit Luftqualitätsgrenzwerte für Feinstaub (PM10) und Stickstoffdioxid (NO2) festgelegt, unter anderem ein PM10-Jahresmittelwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter ($\mu\text{g}/\text{m}^3$) und ein PM10-Tagesmittelwert von 50 $\mu\text{g}/\text{m}^3$, der an höchstens 35 Tagen im Jahr überschritten sein darf sowie ein Jahresmittelwert für NO2 von 40 $\mu\text{g}/\text{m}^3$. Werden die Werte nicht eingehalten, muss die Kommune weitere Maßnahmen zur Luftreinhaltung ergreifen. Dafür wurde unter anderem das Instrument der Umweltzone geschaffen. Fahrzeuge, die keine der jeweiligen Umweltzone entsprechende Plakette haben, dürfen in die Umweltzone nicht einfahren. In Bremen wurde eine Umweltzone in der Altstadt, östlichen Vorstadt, der Neustadt und Teilen Schwachhausens geschaffen.

Die Luftqualität hat sich in Bremen in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert. Die Grenzwerte werden in Bremen seit Jahren eingehalten. Dieser Trend ist unter anderem auf die Verbesserung der Technik und effizientere Motoren zurückzuführen. Seit 2017 wurden alle relevanten Grenzwerte sowohl (nach Bundes-Immissionsschutzgesetz) an den Hintergrundmessstationen als auch die Luftmessstationen an stark befahrenen Straßen eingehalten. Andere Städte mit einer ähnlichen Entwicklung haben ihre Umweltzonen inzwischen abgeschafft, da diese nicht mehr erforderlich sind, um das damit angestrebte Ziel zu erreichen und es damit zunehmend fraglich ist, inwieweit die Verhältnismäßigkeit dieses Grundrechtseingriffs noch gegeben ist. So haben zum 1. Januar 2024 Heidenheim, Heilbronn, Herrenberg und Leonberg ihre Umweltzonen aufgehoben, weil die Luftqualitätswerte über mehrere Jahre hinweg eingehalten wurden. Auch Hannover hat seine Umweltzone zum 22. Februar 2024 aus denselben Gründen aufgehoben.

In Bremen antwortete der Senat am 14. November 2023 auf eine mündliche Anfrage der Fraktion der FDP in der Stadtbürgerschaft, ob die Abschaffung der Umweltzone in Bremen dazu führen würde, dass sich die Luftqualität vor Ort massiv verschlechtern würde beziehungsweise dass die

gesetzlichen Grenzwerte nicht mehr eingehalten werden könnten: „Eine Abschaffung der Umweltzone in Bremen würde aktuell nicht dazu führen, dass sich die Luftqualität in der Innenstadt relevant verschlechtert oder gar Grenzwerte für Luftschadstoffe überschritten würden“.

Auch in Bremen ist eine Abschaffung unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseingriffen daher geboten. Überflüssige Schilder könnten abgebaut werden, es gäbe keinen Bedarf an Plaketten mehr und die Verwaltung könnte so entlastet werden. Die Abschaffung wäre zudem ein Signal an alle Bürgerinnen und Bürger, dass einst als notwendig erachtete, aber nun nicht mehr erforderliche Beschränkungen auch wieder aufgehoben werden, wenn sie ihren Zweck erfüllt haben. Nicht zuletzt würde der Gesetzgeber damit einer möglichen Aufhebung der Umweltzone durch die Gerichte zuvorkommen.

Bislang begründet man die Aufrechterhaltung der Umweltzone in Bremen allein damit, dass man erwarte, dass sich die EU-Luftreinhaltkriterien möglicherweise verschärfen würden. Das wäre allerdings erst frühestens ab 2030 der Fall. Zur Aufrechterhaltung der aktuell nicht mehr erforderlichen Beschränkungen ist eine solche Begründung allerdings nicht ausreichend.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die Umweltzone in Bremen schnellstmöglich abzuschaffen,
2. der Stadtbürgerschaft einen Bericht vorzulegen, welche Maßnahmen in Bremen im Fall einer Verschärfung der EU-Grenzwerte auf Grundlage der Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation bis 2035 notwendig wären, um die Kriterien zu erfüllen,
3. frühzeitig bei der Erarbeitung von Maßnahmen mit Vertretern der Betroffenen, insbesondere im Bereich privater Haushalte, Industrie und produzierendem Gewerbe, Individualverkehr, ÖPNV und Güterlogistik in einen Dialog zu treten, um negative Auswirkungen zu minimieren,
4. der städtischen Deputation für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung zu berichten.

Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP